

Ist eine radikale, linke Position heute möglich?

Autor(en): **Cavalli, Franco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341348>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ist eine radikale, linke Position heute möglich?

Ich möchte eine linke, radikale Position so definieren: eine Position, die das Bestehende nicht nur verbessern will, sondern strukturelle Änderungen anvisiert, die tendenziell eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Besitzlosen bewirken sollen. Dazu gehört eine entsprechende Praxis, die den Prozess tendenziell beschleunigt. Die letzte politische Kraft, die in Europa eine solche radikale Position zu entwickeln vermochte, war die KPI, zumindest bis zu den Zeiten von Berlinguer.

Franco Cavalli

Ich glaube, dass es im heutigen Europa eine solche radikale, linke Position nicht gibt, will man vom Nachplappern alter Dogmas oder vom Aktivismus kleiner agitatorischer Gruppen absehen. Um sie entwickeln zu können, brauchen wir nicht nur eine kämpferischere Praxis, sondern wir müssen auch lernen «to go back to the drawing board». Ich möchte hier mit nur einigen Fähnchen an dieser Wandtafel aufzeigen, wohin die Reise gehen könnte. Die erste Frage lautet: Leben wir in einer nicht radikalen Welt oder ist nur unsere Praxis nicht radikal? In den letzten sieben Jahren hat die mittlere Lebenserwartung in der früheren Sowjetunion um fast acht Jahre abgenommen, d.h. dass dort heute jährlich eine halbe bis eine Million mehr Leute als vor 1990 sterben (Stalin könnte neidisch werden!). In Grossbritannien hat die Periode von Mrs. Thatcher genügt,

um die Mortalitätsunterschiede zwischen den ganz Reichen und den ganz Armen um mehr als 100 Jahre zurückzuwerfen. In den USA ist der ganze Reichtum, den die Wirtschaft in den letzten 20 Jahren produziert hat, vom oberen Fünftel der Bevölkerung eingesteckt worden, wobei die Situation eines Teils der restlichen Bevölkerung gleich geblieben ist, die grosse Mehrheit aber deutlich an Terrain verloren hat. Und auch in der Schweiz ist die Kluft zwischen den zehn Prozent der Bestverdienenden und den zehn Prozent der Wenigstverdienenden viel grösser geworden, als am Anfang dieses Jahrhunderts.

Die Liste der Umwälzungsprozesse könnte beliebig verlängert werden. Meines Erachtens könnte nur ein Weltkrieg noch radikaler sein. Und dennoch scheint uns «oberflächlich betrachtet», die Zeit tatsächlich nicht radikal zu sein. Warum? Ich glaube vor allem, weil in den letzten 20 Jahren der Klassenkampf fast nur noch von oben nach unten geführt wurde und das mit Erfolg. Die historische Niederlage, die der Blitzkrieg des Neoliberalismus' den nichtbesitzenden Klassen weltweit zugeführt hat, hat zu der jetzt dominierenden «pensée unique» geführt. Einer relativ kleinen bürgerlichen Schicht, die weltweit dominiert,¹ ist es gelungen, uns weis zu machen, dass es «gar keine andere Welt geben kann». Deswegen werden alle

¹ «Wenn es eine Klasse im marxistischen Sinn gibt, ist es am ehesten jene der Topmanager, die durch ihre organisatorische Stellung eine relativ abgeschottete Gruppe mit eigenen Denkformen, Interessen und klarer Machtstellung bilden.» R. Levy, in: Weltwoche, 2.10.97.

strukturellen Umwälzungen, auch wenn sie noch so radikal sind, fast als natürliche Ereignisse erlebt, gegen die man vielleicht schimpft, aber nichts Konkretes tun kann.

Warum eine Antwort so schwierig ist

Was heute auffällt, ist das Fehlen einer strukturierten Antwort der nichtbesitzenden Klassen nach erlittener Niederlage. Es wäre wohl ein Scherz, würde man behaupten, dass zum Beispiel der Umbau des Sozialstaates, wie Bill Clinton ihn treibt, eine solche Antwort darstellen würde. Einige der Prinzipien der Politik Clintons gehen auf das »new poor law« zurück, mit dem bereits 1834 die englische Aristokratie die neuentstandene soziale Frage karitativ zumindest teilweise zu lösen versuchte. Das gleiche gilt für »New Labour« und auch die ersten Schwierigkeiten (wie z.B. bei der Privatisierung von Telecom, beim Umsetzen der 35-Stundenwoche, usw.) der Regierung Jospin zeigen, dass auch dort eine klare und strukturierte Antwort zur Zeit noch weitgehend fehlt. Die Unzulänglichkeit der Antwort resultiert vor allem daraus, dass heutzutage kein unmittelbarer Klassenbezug für einen Klassenkampf von unten zur Verfügung steht. Die »dritte industrielle Revolution« zeigt immer deutlicher ihre Tendenzen: Atomisierung der Produktionskräfte, starke Reduktion der notwendigen Arbeit, Zunahme der »virtuellen Arbeit«. Zu dieser Entwicklung, vor allem in einer Gesellschaft, die immer mehr auf den Share-holder-value getrimmt wird, gehört auch die relativ rasche Polarisierung der sozialen Struktur: Eine relativ kleine Schicht von Supermillionären, etwa einen Drittel von Leuten, die entweder ausgeschlossen sind oder es unmittelbar sein könnten, und dazwischen eine relativ inhomogene Masse, die vielfältige Gruppen und Schichten umfasst und deswegen Mühe hat, gemeinsame Interessen zu entwickeln.

Einige Fähnchen an die Wandtafel

Aus dieser in sehr groben Zügen skizzierten Entwicklung ergeben sich meines Erachtens folgende Punkte bzw. Fragestellungen, um eine neue, radikale Politik zu entwickeln:

1. Um den Klassenkampf von unten wieder anzukurbeln, wird die soziale Allianz sich weniger als früher auf das klassische Proletariat abstützen können, sondern vielmehr ein breites Bündnis von Ausgeschlossenen, Teilen der Arbeiterklasse, aufstrebender neuer Schichten und »Radikalerneuerern« anvisieren müssen. Die Wiederbelebung der amerikanischen Gewerkschaften ist unter anderem auf TeilzeitarbeiterInnen und »Arbeitslosigkeitsbedrohte« zurückzuführen. In den aufstrebenden neuen Schichten könnte die wissenschaftliche Intelligenz zukünftig eine wichtige Rolle spielen (wie schon Gramsci vorausgesehen hatte), da sie durch die Tendenz zur absoluten Verdinglichung des Profitdenkens alternative Modelle entwickeln könnte (zum Beispiel Verweigerung von Patentierungen von Genomresultaten). Unter den Radikalerneuerern verstehe ich pauschal Bewegungen wie Ökologie, Feminismus etc., die eine »linksaufklärerische Position« einnehmen. Die grosse Herausforderung der Linken ist die Frage, wie diese Akteure zu einem hegemoniefähigen Bündnis zusammengeschiedet werden können.
2. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann als allgemeines Rezept für den sozialistischen Umbau der Gesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies ist vor allem eine Folge der Differenzierung und Atomisierung der Produktivkräfte. Bei der heutigen, immer virtuelleren Produktion wird sehr viel Entscheidendes in Strukturen produziert, die sich sinnvollerweise nicht verstaatlichen lassen. Immer wichtiger wird auch der sogenannte »Dritte Sek-

**Der nicht-
besitzenden
Klasse fehlt eine
Antwort nach
erlittener
Niederlage.**

**Eine radikale
Position kann
die Linke heute
nur noch auf
kontinentaler
Ebene entwickeln.**

- tor», also die Summe aller Non-Profit-Organisationen, die vor allem im Sozialbereich zukünftig einen immer grösseren Teil der Arbeitskräfte beschäftigen könnten. Auch dieser «Dritte Sektor» ist nicht mit einer etatistischen Politik zu führen.
3. Bei der Tendenz zum vermehrten Ausschluss von immer mehr Leuten wird umgekehrt die Notwendigkeit der öffentlichen Prädominanz in der Regulierung von Erziehung, Gesundheit, Wohnung, Fortbildung usw. noch klarer. Hier bietet sich der Linken ein unendliches Feld für radikale Alternativen.
 4. Die rasche Informatisierung der Gesellschaft macht andererseits einige «Nationalisierungen» für viele Leute heute plausibler, als sie es gestern waren: z.B. diejenige der Banken. Dass die Post genauso gut eine Bank führen kann (obwohl sie mit allen Mitteln daran gehindert wird) beweist, dass die sozialen Aufgaben der Finanzierungsinstitute durchaus durch öffentliche Anstalten wahrgenommen werden können.
 5. Immer wichtiger wird in dieser Situation die Notwendigkeit, radikale Richtlinien zu entwickeln, damit die Produktion (und damit die gesellschaftliche Entwicklung) innerhalb gesellschaftlich festzulegender Rahmenbedingungen vor sich geht. Typisches Beispiel sind die ökologischen Rahmenbedingungen. Aber nicht nur. Es ist zum Beispiel sehr fraglich, ob bei den Medikamenten-Multis der Markt allein wirklich im besten Sinne «ausgleicht». Berühmt ist das Beispiel Italiens: Bevor der Staat deutlich eingriff, waren die zehn meistverkauften Medikamente alle weitgehend nutzlose Substanzen. Verkaufserfolg bürgt noch lange nicht für Qualität, geschweige denn für gesellschaftlichen Nutzen.
 6. Bei der wahrscheinlich definitiven Tendenz zur drastischen Reduktion der notwendigen Arbeit, muss man die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und

des Reichtums erneut und radikal stellen.² Die Reduktion der Arbeitszeit als klassisches Postulat der Linken muss aufrechterhalten werden. Es müssen jedoch noch andere Aspekte überdacht werden: so zum Beispiel wie man den «Dritten Sektor» unterstützen kann oder ob irgend eine Form von «versichertem Mindesteinkommen», das von der Linken immer als soziale «Beruhigungspille» abgelehnt wurde, nicht doch diskutiert werden soll. Radikal Linkskreise in Italien und Frankreich sind zur Zeit dabei, dies neu zu überlegen.

7. Eine radikale Position kann die Linke heute nicht mehr im nationalen Rahmen, sondern nur noch auf kontinentaler Ebene entwickeln. Die Globalisierung der Finanzmärkte und die unglaublichen Vermögen der wichtigsten Multis haben eine neue Situation geschaffen, in der die sogenannten Finanzmärkte jede nationale Regierung (abgesehen vielleicht von den USA) in allen wichtigen Fragen in die Knie zwingen können. Die meisten entscheidenden, internen Debatten (z.B. die Restrukturierung des Welfare in Italien) entstanden nicht autonom, sondern wurden von den internationalen Kapitalbesitzern erzwungen. Dadurch ist auch der nichtgeschriebene Pakt, der am Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen Kapitalbesitzern und Vertretern der Arbeiterklassen eingegangen wurde («ihr bekommt jedes Jahr etwas mehr Geld, dafür stellt ihr unsere Machtstrukturen nicht in Frage»), heute nicht mehr gültig. Die Kapitalbesitzer brauchen diese nationalen «Friedenspläne» je länger je weniger. Deswegen laufen auch alle Gespräche, die neue, nationale Solidaritätspakte predigen, ins Leere. Nur ein kontinentaler Staat hätte wahrscheinlich die nötige Kraft, um dieser

² A. Gorz: *Misères du présent. Richesse du possible*. Paris 1997.

Entwicklung standzuhalten. Das ist auch der Grund, warum die europäische Rechte (Tories, Gaullisten, Berlusconi, CSU, Blocher, Tito Tettamanti usw.) gegen eine effektive Europäische Union sind. Ihnen gefallen die heute immer schwächer werdenden einzelnen europäischen Staaten besser, da sie leichter deregulieren und profitieren können. Jede neue linke, radikale Position muss dies berücksichtigen.

8. Die Globalisierung und ihre Zwänge engen die demokratischen Räume immer mehr ein. Selbst das Schweizer Bürgertum beginnt die Nerven zu verlieren.³ Die Selbstkastration unseres Parlamentes mit dem «Haushaltziel 2001» ist offenkundig ein erster Sieg für den aggressiveren Teil des Bürgertums. Hier öffnen sich nicht nur grosse Gefahren, sondern auch weite Angriffsflächen für die Linke. Aber auch hier, und nicht nur bei den sozialen Konflikten, sind eher extraparlamentarische Bewegungen als die einschläfernde Parlamentsmechanik gefragt.
9. Eine Besprechung des grossen Thema Nord/Süd (inklusive Weltbank und FMI) würde den Umfang dieses Beitrages sprengen: und dennoch ist hierfür ein radikaler, linker Diskurs nötiger denn je.

Die jetztige Alternative: das radikale Bündnis schmieden

Eine radikale Alternative existiert heute (noch) nicht. Es ist bezeichnend, dass die intellektuell wahrscheinlich bestausgerüstete radikale Linke Europas (die «Rifondazione comunista» in Italien) schon durch ihre Bezeichnung (Rifondazione = Neugründung) deutlich macht, dass der Sozialismus neu zu erfinden ist. Nach 1989 haben wir nicht nur eine schwere

Hypothek (den Ost-Realsozialismus) hinter uns gelassen, sondern können zum ersten Mal seit 1917 wieder zum Kerngeschäft zurückkehren und die Planung des Sozialismus in den meistentwickelten Ländern und nicht in der halbfeudalen Wirklichkeit Russlands anpacken. Es geht dabei weniger um eine Diskussion der Grundwerte als um eine stets erneute und radikale Analyse der Gesellschaftsentwicklung und der entsprechenden Schlüsse daraus.

Obwohl dabei, wie bereits erwähnt, die kontinentale Perspektive nie verloren gehen darf, muss ein solcher Prozess im Rahmen der lokalen Gegebenheiten beginnen. Ansatzpunkt dafür ist, dass innert weniger Monate das Schweizer Volk zweimal zur wilden Deregulierung und zum Sozialabbau nein gesagt hat. Das weist auf eine rasch zunehmende Polarisierung und auf Sozialkonflikte hin, die wahrscheinlich noch zunehmen werden. Das Leiden der Unterschichten hat ein Ausmass erreicht, dass zumindest im defensiven Sinn, d.h. beim Nein-sagen, eine gewisse Antwort im Sinne eines Klassenkampfes von unten nach oben möglich macht. Radikale Politik kann jedoch niemals defensiv, sondern muss offensiv sein. Hier liegt die grosse Herausforderung für uns. Wir müssen strukturelle Projekte entwerfen, die die Interessen derjenigen Zweidrittel der Gesellschaft wahrnehmen, die in der heutigen Situation entweder nur verlieren oder mindestens kaum etwas zu gewinnen haben. Zudem kann die «mittlere Mittelklasse» mit aggressiv vorgetragenen, ethischen Diskussionen (z.B. Drogenpolitik, Sterbehilfe, etc.) teilweise gewonnen werden. In diesem Sinne erscheint die Wende, die die SP anfangs der 90er Jahre gemacht hat, sehr produktiv. Die Strategie «in der Regierung sein, aber gleichzeitig auch die zivile Gesellschaft als soziale Opposition zu mobilisieren», könnte langfristig gesehen für viele linke Bewegungen wegweisend werden. Wer die aktuelle, sehr hart geführte Aus-

Radikale

Politik muss

offensiv sein.

³ Vgl. Die Wirtschaft und die «Navajo-Demokratie», in: NZZ 11/12.10.1997.

einandersetzung in Italien zwischen PDS und Rifondazione verfolgt hat, wird leicht verstehen, dass eine simple Auseinandersetzung «entweder in der Regierung oder dann nur in der Opposition» heute fast nur noch in die Sackgasse führen kann.

Beispiele kleiner, radikalen Schritte

In der Zwischenzeit müssen wir auch die unmittelbaren Probleme radikal anpacken. Das ist teilweise in der Diskussion über eine Krankenkasseninitiative der SP geschehen. Aber auch die Frage der AHV muss radikal gestellt werden. Nicht die vermeindlich finanziellen Nöte, sondern die wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen machen neue Konzepte notwendig. Damit könnte man auch den Bürgerlichen leicht den Wind

aus den Segeln nehmen. Es ist in der Tat kaum denkbar, dass eine AHV die ganze Lebensspanne 55–90 Jahre mit dem jetzigen System decken kann. Warum nicht eine AHV mit Lohnprozenten für 55–70 Jahre, und dann eine allgemeine Rente aus Bundesmitteln (frühere PdA-Lösung) vorsehen?

Schlussfolgerung...

... gibt es keine. Ausser: weiter kämpfen, weiter studieren. Mir kommt dabei jedoch einen Satz von Lenin in den Kopf: «Es gibt nichts Revolutionärereres als die Wahrheit».

Franco Cavelli ist SP-Nationalrat und Chefarzt Onkologie am Ospedale San Giovanni.
--